

Photo: Mark Fernandes

Florian Post, MdB
 Claudia Tausend, MdB
 Für UNS in Berlin

SPD

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Es ist eine politisch ungewöhnlich turbulente Weihnachtszeit. Eine Reihe wichtiger Entscheidungen wurde im Deutschen Bundestag in den letzten Sitzungswochen getroffen. Wir wünschen Ihnen eine besinnliche Adventszeit, frohe Weihnachten, erholsame Feiertage und schon jetzt alles Gute für das neue Jahr. Viel Spaß beim Lesen des Newsletters wünschen

Florian Post und Claudia Tausend

NEWS TICKER

- **Kampf gegen den IS** Bundestag beschliesst Unterstützung
- **Bundshaushalt 2016** Gute Nachrichten für München
- **Die Metropolregion München** braucht Verkehrsinfrastruktur
- **Vergaberecht** Sozial- und Umweltaspekte spielen eine größere Rolle

Ein Baustein der Klimapolitik eingefügt

Rahmenbedingungen für Kraft-Wärme-Kopplung erheblich verbessert

Pünktlich zu den Verhandlungen in Paris von Staats- und Regierungschefs über ein verbindliches Klimaschutzabkommen für alle 195 Staaten, hat der Bundestag neue Rahmenbedingungen für die Kraft-Wärme-Kopplung beschlossen. Als Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für dieses Thema war Florian Post an der Ausarbeitung des Gesetzes maßgeblich beteiligt.

Die Kraft-Wärme-Kopplung ist eine hocheffiziente klimafreundliche Technologie, die eine tragende Säule in unserem Energiewendemarkt ist. Durch die gekoppelte Erzeugung von Strom und Wärme ist sie eine Brücke

zwischen diesen Sektoren und durch ihr hohes Flexibilitätspotenzial eine ideale Ergänzung der volatilen erneuerbaren Energien. Gerade die gasbetriebenen Anlagen in der öffentlichen Versorgung, größtenteils Stadtwerke, können wegen des Strompreisverfalls der letzten Jahre und dem darniederliegenden Emissionshandel teilweise nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden. Um Stilllegungen von diesen energiewirtschaftlich und klimapolitisch sinnvollen Anlagen zu verhindern, haben wir eine Bestandsförderung ins Gesetz mitaufgenommen. Würden diese Anlagen aus dem Markt

gehen, bedeutete das stranded investments für Stadtwerke, was schließlich kommunale Haushalte belasten würde. Auch die Stadtwerke München wären betroffen. Die Förderung der Gasblöcke der HKW Nord und Süd bedeutet für den städtischen Haushalt einen zusätzlichen zweistelligen Millionenbetrag. Moderne kohlebetriebene KWK-Anlagen sind derzeit auch ohne Förderung wirtschaftlich, weshalb diese Anlagen keine zusätzliche Unterstützung erhalten. Das trifft auch den Kohleblock des Heizkraftwerks Nord der SWM, der den Brennstoff auf hoch-effiziente Weise verfeuert und

Fortsetzung von Seite 1

deshalb auch langfristig zur Strom- und Wärmeversorgung Münchens gebraucht wird. Mit dem Gesetz haben wir gleichzeitig die Fördersätze für Neubau erhöht und Überförderungen im Bereich des Eigenstroms für Industrieanlagen abgebaut.

Auch der Zubau von KWK-Anlagen wird mit dem Gesetz zusätzlich angereizt: Ein absolutes Ausbauziel von 120 Terawattstunden bis 2025 wurde definiert (derzeit 96 TWh) und der Förderdeckel auf 1,5 Mrd. Euro im Jahr verdoppelt.

Insgesamt haben wir ein Gesetz verabschiedet, das den Erhalt des Bestandes sichert, zum Klimaschutz beiträgt und der energiewirtschaftlich sinnvollen KWK-Technologie eine echte Perspektive im Energiemarkt sichert.

Bundestag beschließt Unterstützung im Kampf gegen den IS

Nach den schrecklichen Terroranschlägen in Paris am 13. November mit 130 Toten und Hunderten Verletzten haben wir Frankreich nicht nur unser Mitgefühl, sondern auch unserer Solidarität versichert.

Dieses Versprechen haben wir Anfang Dezember gehalten.

Präsident Hollande hat am 17. November 2015 die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) gemäß Art. 42 Abs. 7 des Vertrags über die EU (EUV) um Unterstützung und Beistand ersucht. Die Beistandsklausel zielt ab auf einen kollektiven Beistand der EU-Mitgliedstaaten bei einem bewaffneten Angriff auf einen Mitgliedstaat. In diesem Fall „schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen“ („shall have [...] an obligation of aid and assistance by all the means in their power [...]"). Durch die Bezugnahme auf die Charta der Vereinten Nationen ist bei der Anwendung der Beistandsklausel und insbesondere der Auslegung des Begriffs des bewaffneten Angriffs beispielsweise im Hinblick auf ein

Handeln nicht-staatlicher Akteure Art. 51 VN-Charta als Grundlage des völkerrechtlichen, gegebenenfalls kollektiv wahrgenommenen Selbstverteidigungsrechts zu berücksichtigen. In mittlerweile drei Resolutionen hat auch der VN-Sicherheitsrat festgestellt, dass der IS weltweit eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit ist - zuletzt in der Resolution 2249 vom 20. November 2015. Darin hat der Sicherheitsrat nach den Anschlägen von Paris die Staatengemeinschaft aufgerufen, alle notwendigen Maßnahmen gegen diese Bedrohung zu ergreifen. Dass sich nach den Anschlägen von Paris nun Frankreich als erster Mitgliedstaat der EU auf die Beistandsklausel beruft, muss in genau diesen Zusammenhang gesetzt werden.

Der deutsche Einsatz basiert auf Artikel 24 Absatz 2 des deutschen Grundgesetzes, das den Einsatz deutscher Streitkräfte im Rahmen und nach den Regeln eines Systems kollektiver Sicherheit erlaubt. Das Mandat umfasst den Einsatz von bis zu 1200 Soldaten. Sechs „Tornado“-

Aufklärungsflugzeuge und ein Militärsatellit sollen Aufklärungsarbeit leisten, die Fregatte „Augsburg“ soll den französischen Flugzeugträger „Charles de Gaulle“ schützen.

Es war eine schwierige Entscheidung, die wir lange und kontrovers diskutiert haben. Uns ist klar, dass man Terrorismus nicht allein mit militärischen Mitteln besiegen kann. Aber Außenminister Frank-Walter Steinmeier verdeutlichte auch, dass ohne militärisches Zurückdrängen der Terrormiliz IS für Syrien kein Wiederanfang möglich ist: „Was ist dann noch zu befrieden?“

Für uns steht fest: Dieser Einsatz kann nur ein Baustein einer Gesamtstrategie für die Region sein. Der in Wien begonnene Prozess für eine politische Lösung des Bürgerkriegs hat weiterhin oberste Priorität. **Außerdem müssen wir alle Maßnahmen ergreifen, um den IS wirtschaftlich zu isolieren und seine Finanzquellen auszutrocknen. Und wir müssen die humanitäre Lage in der von Krieg und Terror betroffenen Region verbessern.**

Herausforderungen angenommen, Versprechen gehalten

Der Bundeshaushalt 2016: Gute Nachrichten auch für München!

In den parlamentarischen Beratungen zum Haushalt 2016 haben wir bewiesen, dass wir sowohl die Aufgaben im Zusammenhang mit den Flüchtlingen angehen, aber auch zu unseren Versprechen stehen!

Nachdem wir 2015 Länder und Kommunen bereits um insgesamt 2 Mrd. Euro entlastet haben, stellen wir 2016 ungefähr 7,5 Mrd. Euro für Ausgaben für Flüchtlinge bereit.

Länder und Kommunen erhalten 3,3 Mrd. Euro als Beteiligung des Bundes. Zusätzlich verstärken wir vor allem bei Sozial- und Innenministerium Ausgaben für Integration, Soziales und die innere Sicherheit. Zur Bekämpfung der Fluchtursachen erhält das Auswärtige Amt übrigens 400 Mio. Euro mehr als im Haushaltsentwurf vorgesehen.

Daneben unterstützen wir die Ortsverbände des THW in den nächsten

Jahren mit mehr als 20 Mio. Euro zusätzlich. Und das Familienministerium erhält rund 15 Mio. Euro mehr für die allgemeine Flüchtlingsberatung und die Koordinierung der Ehrenamtlichen.

Wir gestalten aber auch jenseits des Flüchtlingsthemas weiter Politik! Deshalb stellen wir z.B. nächstes Jahr 500 Mio. Euro mehr für den sozialen Wohnungsbau bereit und 700 Mio. Euro mehr für den regionalen ÖPNV. Die frei werdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld verwenden wir für die Kinderbetreuung – alles Punkte, für die die SPD lange gekämpft hat.

Die Entlastung der Kommunen um 1 Mrd. Euro pro Jahr, die Entlastung der Länder im Bildungsbereich, den Städtebau, die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die Entwicklungszusammenarbeit, das im letzten Jahr beschlossene

10-Mrd.-Investitionsprogramm – alles setzen wir wie geplant um!

Und: Trotz der immensen finanziellen Ausgaben für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ist es uns in den Haushaltsberatungen gelungen, erneut einen Haushalt ohne neue Schulden zu beschließen. Dabei hilft uns zum einen die solide Finanzpolitik der vergangenen zwei Jahre, zum anderen die gute wirtschaftliche Situation in Deutschland.

Last but not least: Trotz der aktuellen Mehrbelastungen konnten wir für 2016 erneut den Kulturretat um mehr als 100 Mio. Euro steigern. Erfreulich für München: **Mit der Unterstützung des Bundes in Höhe von 20 Mio. Euro kann die seit Langem geplante Sanierung des Münchener Hauses der Kunst durch den weltbekannten Architekten David Chipperfield angegangen werden.**

Neues Vergaberecht

Sozial- und Umweltaspekte spielen eine größere Rolle!

Auch wenn es auf den ersten Blick nicht so scheint: Das Vergaberecht ist eine wirklich spannende und vor allem wichtige Materie. Es geht um die Frage: Wie erteilt die öffentliche Hand Aufträge an die Wirtschaft? Öffentliche Aufträge haben ein Volumen von ca. 300 Milliarden Euro im Jahr. Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen ist das ein attraktiver Markt.

Seit langem ist aber auch klar, dass das Vergaberecht komplex und auch sehr verschachtelt ist. Es kam oft vor, dass Wirtschaftlichkeit vorrangig über den Preis definiert wurde. Aber nicht alles, was auf den ersten Blick wenig kostet, ist langfristig günstiger. Dies wird sich

nun glücklicherweise mit einer Modernisierung des Vergaberechts ändern.

Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem wir die öffentliche Auftragsvergabe umfassend reformieren, modernisieren und vereinfachen. Die wichtigste Änderung: Wir stärken die Möglichkeiten, umweltbezogene, soziale oder innovative Aspekte im Rahmen des Vergabeverfahrens zu berücksichtigen. Diese sozialen und ökologischen Gesichtspunkte erhalten die gleiche Wertigkeit wie die Aspekte Qualität und Innovation. Bei der Ausführung von öffentlichen Aufträgen müssen die geltenden sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen

natürlich eingehalten werden. Aber auch Vorgaben zur Herstellung von Waren, zum Beispiel die ILO-Kernarbeitsnormen, oder zum Handel mit Waren, zum Beispiel Fair-Trade-Anforderungen, finden in Zukunft Berücksichtigung. Das gilt insbesondere für den gesetzlichen Mindestlohn.

Wir setzen stärker auf elektronische Vergabeverfahren, um diese effizienter zu gestalten. Gleichzeitig regeln wir kommunale Freiräume, etwa bei sogenannten Inhouse-Vergaben an kommunale Unternehmen. Soziale Dienstleistungen, wie zum Beispiel zur Integration arbeitssuchender Menschen, sollen in einem

Fortsetzung von Seite 2

erleichterten Verfahren vergeben werden können. Bestimmte Bereiche nehmen wir bewusst von der Anwendung des Vergaberechts aus. Das betrifft zum Beispiel die Vergabe von Konzessionen bei der Trinkwasserversorgung, aber auch bestimmte Rettungsdienste, die von gemeinnützigen Organisationen erbracht

werden. Der Gesetzentwurf stellt auch die Belange von Menschen mit Behinderungen besonders heraus: Öffentliche Aufträge könnten Werkstätten für Menschen mit Behinderungen vorbehalten werden. Abschließend legen wir erstmals die Gründe, die zu einem Ausschluss von Vergabeverfahren führen, gesetzlich

fest. Das gilt insbesondere infolge einer Verurteilung wegen Bestechung oder anderen Wirtschaftsdelikten. **Uns ist jedoch auch klar: Wir können noch so schöne und wünschenswerte Regelungen in dieses Gesetz als Ziel aufnehmen, entscheidend ist am Ende die Überwachung und die Einhaltung der Regelungen in der Praxis.**

Herausforderung Wachstum:

Die Metropolregion München braucht Verkehrsinfrastruktur

München hat eine sehr gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur, die über Jahrzehnte SPD-geführte Stadtregierungen kontinuierlich aufgebaut haben.

Dieser Erfolg basiert auf dem Anliegen, allen Münchnerinnen und Münchnern ein umfangreiches Mobilitätsangebot zu machen, denn das ist Voraussetzung für die Teilhabe am sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Jedoch erlebt jeder, der täglich auf das S-Bahnnetz im Großraum München angewiesen ist, wie überlastet und störanfällig das System ist. Jede Störung auf der bestehenden Stammstrecke wirkt sich auf das gesamte Netz aus, da alle Linien den Tunnel in der Innenstadt passieren müssen. Verspätungen und Zugausfälle sind an der Tagesordnung. Das S-Bahnnetz entspricht nicht mehr den Mobilitätsbedürfnissen der wachsenden Bevölkerung in der Region. Bereits heute leben 5,7 Millionen Einwohner in unserer Metropolregion und sie gehört zu den Regionen Deutschlands, deren Bevölkerung am stärksten wächst. Bis 2032 wird ein Zuwachs von rund einer halben Million Menschen prognostiziert.

Schon seit längerem wissen wir, dass nur eine zweite Stammstrecke das System entlasten und stabilisieren kann. Von ihr hängen weitere Verbesserungen in den Außenästen,

Express-S-Bahnen sowie Taktverdichtungen ab. Der Flughafen ist nur aus der Luft gut zu erreichen, wie es so schön heißt. Die zweite Stammstrecke ist die Voraussetzung für die dringend nötige schnellere Anbindung.



Mit Dieter Reiter beim Parlamentarischen Abend in Berlin zum Thema Verkehrsinfrastruktur in der Metropolregion München.

Sie ermöglicht auch Direktverbindungen aus der Region in das Zentrum von München. Wir haben darum schon mehrfach nachdrücklich auf einen baldigen Baubeginn gedrängt und die Zuständigen, nämlich Freistaat, Bund und Deutsche Bahn, aufgefordert die Finanzierung zu klären. Die Landeshauptstadt hat bereits erklärt, durch die Umwandlung des Flughafendarlehens freiwillig einen ordentlichen Beitrag zu leisten. Der Freistaat beteiligt sich in respektabler Höhe. Als SPD konnten wir bereits erste Erfolge erringen und Finanzierungstöpfe sichern.

Uns fehlen jedoch noch gut eine Milliarde Euro an Bundesmitteln, wenn wir realistischerweise die Baukosten der Zweiten Stammstrecke auf 3,5 Milliarden ansetzen. Mit der Initiative „Busse nach Berlin“ hat unser Oberbürgermeister Dieter Reiter, als Vorsitzender der Metropolregion München zu einem parlamentarischen Abend nach Berlin geladen. Auf der Veranstaltung hat sich auch der Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt klar und deutlich zum Bau der 2. Stammstrecke bekannt. Er stehe zu dem Projekt und kenne auch bei etwaigen Kostensteigerungen „kein Limit“.

Wir erwarten, dass diesen klaren Worten nun Taten folgen und die Finanzierung gesichert wird, damit in Boomregionen – wie München – bezahlbarer Wohnraum genauso wie eine angemessene Verkehrsinfrastruktur erhalten bleibt. Möglich wäre es die zusätzlich benötigten Mittel über einen Sonderfinanzierungstopf des Bundes für Boomregionen und wachsende Großstädte zu sichern. Dafür haben wir uns bereits im Vorfeld des parlamentarischen Abends bei Veranstaltungen und Pressegesprächen stark gemacht und werden uns auch gemeinsam mit Dieter Reiter in Zukunft dafür einsetzen.

Öffentliches WLAN ausbauen

Mit einer Änderung des Telemediengesetzes, die der Bundestag Anfang Dezember 2015 in 1. Lesung beraten hat, wollen die Koalitionsfraktionen die Voraussetzungen für eine stärkere Verbreitung von WLAN-Zugängen im öffentlichen Raum schaffen. Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist

es, Rechtssicherheit für alle WLAN-Anbieter zu schaffen und die Verfügbarkeit von offenen WLAN-Angeboten im öffentlichen Raum deutlich auszubauen. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass die Potenziale von WLAN-Netzen im öffentlichen Raum für Kreativität und gesellschaftliche

Teilhabe aufgrund der bestehenden Haftungsrisiken brachliegen. Dafür soll das bestehende Telemediengesetz geändert werden. Im parlamentarischen Verfahren wird zu prüfen sein, ob und welche Änderungen am Gesetzentwurf notwendig sind, um dieses Ziel tatsächlich zu erreichen.

Haftungslücken für Energiekonzerne schließen

Der Energiekonzern E.ON hatte in diesem Frühjahr einen Konzernumbau vorgesehen, der den Gesamtkonzern aus der gesetzlich vorgesehenen Haftung für die Kosten zum Rückbau abgeschalteter Atomkraftwerke und

zur Entsorgung atomarer Abfälle entlassen hätte. Damit hätte für die öffentlichen Haushalte, also die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Gefahr bestanden, auf den Kosten sitzen zu bleiben. Dies gilt es zu ver-

hindern. Deshalb hat die Bundesregierung den Gesetzentwurf zur Nachhaftung für Rückbau- und Entsorgungskosten im Kernenergiebereich vorgelegt, den der Bundestag in 1. Lesung am 12. November 2015 debattiert hat.

Aktion Rollentausch: Florian Post in der Kirchenküche

Die „Aktion Rollentausch“ fand vom 16. bis 22. November 2015 statt. Einrichtungen der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege Bayern und auch private Träger hatten die Möglichkeit, ihre Türen zu öffnen und Politiker und andere Personen des öffentlichen Lebens einzuladen, mitzuarbeiten, damit sie sich ein eigenes Bild der Herausforderungen im Arbeitsalltag schaffen können. „Ich habe mich sehr gefreut, dass dieses Jahr keine Sitzungswoche war, und ich deswegen vor Ort dabei sein konnte“, so Post. „Von der vor fast 15 Jahren von Pfarrer Schroeder initiierten Kirchenküche der evangelisch-lutherischen Versöhnungskirche München-Harthof und ihren oft prominenten Sponsoren habe ich natürlich schon viel gehört. Umso schöner war es, selber einmal mitmachen zu können und zu sehen, wie hier ein gutes Konzept nachhaltig funktioniert“, so Florian Post.



Solche ehrenamtlichen Projekte sollten subsidiär bleiben. Wir dürfen den Sozialstaat nicht aus der Verantwortung entlassen.



Montags, mittwochs und freitags von 11-13 Uhr gibt es während des ganzen Jahres durch Ehrenamtliche zubereitetes Essen. Jeden Montag erfolgt zusätzlich die Ausgabe von Lebensmitteln der Münchner Tafel.

Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff kommt

Mit dem Pflegestärkungsgesetz II, das der Bundestag am 13. November 2015 beschlossen hat, wird ein zentrales Vorhaben der SPD-Bundestagsfraktion endlich umgesetzt: der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff: Seine Einführung ist der Kern des Gesetzes. Er sieht vor, dass im Gegensatz zum bisherigen Pflegebedürftigkeitsbegriff nicht nur die körperlichen Einschrän-

kungen von Menschen berücksichtigt werden. Künftig werden körperliche, geistige und psychische Beeinträchtigungen der Selbständigkeit von Menschen gleichermaßen einbezogen. Dadurch werden Einschränkungen von Demenzkranken und psychisch Kranken gleichrangig in der Begutachtung behandelt. Damit hat die Große Koalition 20 Jahre nach

Einführung der Pflegeversicherung und nach der Verabschiedung des Pflegestärkungsgesetzes I im vergangenen Jahr nun mit dem Pflegestärkungsgesetz II einen Meilenstein in der Sozialversicherungsreform gesetzt. Das geht vor allem auf die jahrelange inhaltliche Vorbereitung der SPD-Fraktion zurück.

Erfolgreicher Parteitag der Münchner SPD

Claudia Tausend und Florian Post schauen zufrieden auf einen erfolgreichen Jahresparteitag der Münchner SPD zurück. Mit zahlreichen Anträgen hat die SPD inhaltliche Impulse setzen können. Gerne wird an dieser Stelle auf der Beschlussbuch verwiesen: <http://www.spd-muenchen.de/partei/beschluesse.html>



Claudia Tausend beim Parteitag der Münchner SPD Mitte November.

Bildungsreisen nach Berlin

Auch 2016 laden Claudia Tausend und Florian Post wieder interessierte Bürgerinnen und Bürger aus München zu einer politischen Bildungsreise nach Berlin ein.

Bei Interesse stehen die Wahlkreisbüros gerne für weitere Infos und eine Vormeldung zur Verfügung.

CETA/TTIP:

Freihandelsabkommen nur ohne Schiedsgerichte!

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström war Anfang Dezember zu Gast in der TTIP-Berichterstatterrunde der SPD-Bundestagsfraktion. Die Abgeordneten gaben ihr mit auf den Weg, dass der Kommissionsvorschlag für TTIP, der statt privater Schiedsgerichte einen öffentlich tagenden Handelsgerichtshof vorsieht, selbstverständlich auch für das kanadisch-europäische Handelsabkommen CETA gelten müsse. Der Vorsitzende des Handelsausschusses im Europäischen Parlament Bernd Lange, der ebenfalls zu Gast war, sieht Spielraum für diese Änderungen. Claudia Tausend erfuhr bei einem Frühstück mit dem

kanadischen Chefunterhändler für CETA Steve Verheul, dass die neue kanadische Regierung sich noch keine abschließende Meinung zum Streitschlichtungsverfahren gebildet hat. Die SPD wird weiter daran arbeiten, dass private Schiedsgerichte der Vergangenheit angehören.



In der TTIP-Berichterstatterrunde der SPD-Bundestagsfraktion fand Anfang Dezember ein Gespräch mit EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und unserem SPD-Kollegen und Vorsitzenden des Handelsausschusses des Europäischen Parlaments Bernd Lange statt.

Aus dem Wahlkreis

Auch im November und Dezember waren Florian Post und Claudia Tausend in ihren Wahlkreisen unterwegs.



Podiumsdiskussion zur Flüchtlingspolitik:

Im Wirtshaus zum Isartal hat Claudia Tausend beschrieben, welche Maßnahmen der Bund in den letzten Monaten getroffen hat. Außerdem hat sie die Position der Münchner SPD in dieser Frage vertreten.



Besuch im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Weßling - Florian Post konnte beeindruckende neue Einblicke gewinnen. Neben Köln-Porz gehört das Zentrum in Weßling zu den größten DLR-Forschungszentren.

links: **Gute Gespräche** über den Wirtschafts- und Messestandort München mit Stefan Rummel und Monika Dech von der Geschäftsführung der Messe München.



Energie-Tour durch den Landkreis München.

Start war die Besichtigung der SWM-Geothermieanlage in Sauerlach. Zum Schluss besuchte man die gemeindeeigene Anlage Geovol in Unterföhring.



Mit Christian Ude am 3. November im Gasteig:

Energiewende in Stadt, Land und Bund - bei der Bewerksstellung der Aufgaben müssen in Bayern die Verantwortlichen noch lange nachsitzen - immerhin müssen bis zum Jahr 2022 ca. 47% Atomstromanteil in Bayern ersetzt werden.



Im November fand eine "Fraktion vor Ort"- Veranstaltung im Hofbräuhaus zum Thema "Die abgehörte Republik: Der NSA-Skandal und seine Folgen" statt. Ein spannender Abend und eine interessante Diskussion mit dem niederbayrischen Bundestagskollegen Christian Flisek.

Florian Post, MdB

Mitglied des Ausschusses für
Wirtschaft und Energie



Belgradstr. 15 a
80796 München

florian.post@bundestag.de
Tel: 089 - 18 94 65 38
Fax: 089 - 18 94 65 39
facebook.com/bundestag2013
www.florian-post.de

Claudia Tausend, MdB

Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union sowie im Ausschuss für
Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit



Oberanger 38
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de
Tel: 089 - 18 93 28 58
Fax: 089 - 44 23 24 80
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de

Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung, Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.